

einer schnellen und dauerhaften Lösung des Konflikts in dieser Region auf der Grundlage des vollständigen Abzugs Israels aus allen seit 1967 okkupierten Gebieten, der Verwirklichung der legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung und auf Schaffung eines eigenen, unabhängigen Staates sowie der Gewährleistung der Souveränität und Sicherheit aller Staaten der Region. Beide Gesprächspartner betonten, daß die unveräußerlichen Rechte und Interessen der Völker des Nahen Ostens nur durch kollektive Bemühungen aller interessierten Seiten zur Herbeiführung einer friedlichen, gerechten und umfassenden Regelung gewährleistet werden können, und traten erneut für die Einberufung einer internationalen Nahost-Konferenz unter Schirmherrschaft der UNO ein.

Beide Seiten äußerten ihre tiefe Sorge über die erneute Eskalation des Konflikts zwischen Irak und Iran. Sie sprachen sich für die schnellstmögliche Beendigung des Krieges und die Regelung der strittigen Fragen mit friedlichen Mitteln aus.

Erich Honecker und Nicolae Ceauşescu bekundeten die Solidarität ihrer Länder mit dem gerechten Kampf des Volkes von Nikaragua gegen die von den USA praktizierte Politik der Einmischung, des Boykotts und der Gewalt. Sie forderten die Einstellung dieser völkerrechtswidrigen Praktiken und die Achtung des Rechts eines jeden Volkes dieser Region auf freie, unabhängige Entwicklung. Beide Seiten bewerteten die Bemühungen der Contadora-Staaten positiv, zu einer gerechten politischen Regelung in Mittelamerika beizutragen.

Die beiden Seiten begrüßten die konstruktiven Initiativen und Vorschläge der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik für die friedliche, demokratische Vereinigung Koreas ohne äußere Einmischung.

Die Gesprächspartner bekräftigten erneut die Solidarität und Unterstützung gegenüber dem gerechten Kampf des namibischen Volkes unter Führung der SWAPO, seines einzigen legitimen Vertreters, für nationale Unabhängigkeit. Sie verurteilten die jüngsten Machenschaften der Republik Südafrika, sogenannte staatliche Institutionen in Namibia mit dem Ziel zu schaffen, die widerrechtliche Besetzung des Territoriums aufrechtzuerhalten und eine neokolonialistische Lösung des Namibia-Problems zu erzwingen. Sie sprachen sich für die Durchsetzung der Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates aus. Beide Seiten forderten die Einstellung der aggressiven Handlungen der Republik Südafrika gegen die Nachbarstaaten und die Beendigung der Politik der Rassendiskriminierung und der Apartheid in Südafrika.

Die beiden Repräsentanten brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß die Anstrengungen für die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter und demokratischer Grundlage, für die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung ein wichtiger Faktor des Friedens und der Sicherheit der Völker sind. Sie betonten ihre Unterstützung für den